

EUROPAS JUGEND – ANGEKOMMEN IN DER EUROPÄISCHEN WIRKLICHKEIT?

Am Tag nach dem Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union waren zwei Meldungen vorherrschend. Erstens: Die Mehrheit der Bevölkerung hat am 23. Juni 2016 für den Austritt gestimmt. Zweitens: Hätten nur die jungen Menschen abstimmen dürfen, hätte es eine klare Mehrheit für den Verbleib gegeben. Die Enttäuschung der jungen Menschen bringt eine Jugendliche auf den Punkt: „Traurig, dass wir aussteigen. In der EU waren wir alle verbunden“. In der überwiegend pro Europa eingestellten Altersgruppe der unter 24-Jährigen hatte allerdings nur ein Drittel gewählt.

Muss es erst zu einer derart aufrüttelnden Situation wie dem Nein der Briten in der EU kommen, um die Bedeutung der „Stimme“ junger Menschen neu in das Bewusstsein zu rücken – bei den politisch Verantwortlichen wie den jungen Menschen selbst? Wenige Tage nach der Brexit-Entscheidung verkündeten die drei Staats- und Regierungschefs Merkel, Renzi und Hollande: „Bis September 2016 sollen Vorschläge für die Weiterentwicklung der EU in den Bereichen, Sicherheit, Beschäftigung, JUGEND sowie Zusammenarbeit in der Eurozone

vorgelegt werden.“ JUGEND steht auf der europäischen Agenda situationsgeschuldet wieder einmal mit oben. Und zumindest in Großbritannien werden die jungen Menschen über kurz oder lang sehr konkret spüren, welche Auswirkungen ihr Verzicht auf die Stimmabgabe beim Referendum hat.

So wird das Thema Jugend in den nächsten Monaten wohl mit neuer Prominenz in den europäischen Institutionen behandelt werden. Auf der Tagesordnung weiter hinauf gerückt ist es generell, da ab 2019 eine Fortschreibung der EU-Jugendstrategie ansteht. Es wird Bilanz über die jugendpolitische Zusammenarbeit der vergangenen Jahre gezogen, um daraus die richtigen Konsequenzen für die Zukunft abzuleiten. Ein guter Moment, um weitreichenden Fragen nachzugehen: Was braucht Europas Jugend an politischer Unterstützung, um sie noch stärker in den Integrationsprozess Europas einzubinden? Welche Art von EU-Jugendstrategie braucht Europa? Denn die europäische Jugend will Europa und seine Union und ist damit für Europas Gegenwart und Zukunft eine starke Partnerin.



Europas Jugend: Gutes und Besorgniserregendes

Die jetzige EU-Jugendstrategie mit ihren zwei Kernzielen „Mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt“ sowie „Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der sozialen Eingliederung und der Solidarität aller jungen Menschen“ hat u. a. zu mehr Wissen über die Lage der 90 Millionen jungen Menschen in der EU beigetragen. Der 3. europäische Jugendbericht vermeldet Gutes und Besorgniserregendes: Junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren erreichen mit 37,9 % häufiger höhere Bildungsabschlüsse als in den Jahren zuvor. 82 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen beteiligen sich in sozialen Online-Netzwerken, viele engagieren sich in neuen politischen Partizipationsformen, 50 % sind Mitglied in einer Organisation und 25 % ehrenamtlich aktiv.

Für andere allerdings haben sich die Auswirkungen der ökonomischen Krise verschärft. Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit geringer Bildung oder gesundheitlichen Problemen zählen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zur Gruppe der 13,7 Millionen NEETs (Not in Education, Employment or Training). Jugendliche mit Migrationshintergrund sind von Arbeitslosigkeit zu fast 50 % mehr betroffen als andere junge Menschen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale und politische Leben. Denn diese Jugendlichen finden es schwierig, ihren politischen Willen zu artikulieren. Und je weniger gebildet sie sind, desto weniger gehen sie wählen oder beteiligen sich an freiwilligen Aktivitäten. So beschreibt der Bericht eine große Schere, die sich durch die Krisensituation weiter geöffnet hat. Die Verhältnisse teilen die jungen Menschen zwischen 15 bis 29 Jahren in die Gruppe derjenigen, die studieren, sicher sein können, einen Job zu finden, und die sich im sozialen, politischen oder kulturellen Leben engagieren, sowie diejenigen, die kaum Hoffnung auf ein erfüllendes Leben haben und denen Ausgrenzung und Marginalisierung drohen. Dazu trägt insbesondere die andauernde hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa bei: Die Worte

von der „verlorenen Generation“, die es nicht geben dürfe, machten die Runde. Auch wenn die jüngsten Statistiken aus dem Sommer 2016 eine leicht rückläufige Jugendarbeitslosigkeit der 15 bis 24-jährigen mit einer Quote von unter 20 % ausweisen, sind diese Zahlen immer noch deutlich höher als die Arbeitslosigkeitsraten anderer Altersgruppen. Eine wirkliche Trendwende ist nicht erkennbar. Hinzu kommen die eklatanten Unterschiede bei der Jugendarbeitslosigkeit zwischen den Mitgliedstaaten. Nahezu 35 Prozentpunkte trennen Deutschland und Österreich, die die niedrigsten Quoten verzeichnen, von süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten wie Kroatien, Griechenland, Spanien mit 45 bis 40 %. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass immer häufiger auch junge Akademiker*innen betroffen sind. Auch die prekär oder befristet Beschäftigten tauchen in dieser Statistik nicht auf. Die Jugendarbeitslosigkeit und die Bedingungen des Einstiegs in die Arbeitswelt sind für junge Menschen derzeit eines der größten Probleme. Es nimmt den betroffenen jungen und talentierten Menschen die Aussicht auf ein gutes Leben in Europa.



Sichtweisen junger Europäer*innen

Im Rahmen der EU-Jugendstrategie hat die EU begonnen, junge Menschen strukturiert zu ausgewählten Themen zu befragen. Das Partizipationsinstrument „Strukturierter Dialog“ bringt ihre Sichtweisen, Ideen und Vorschläge zu (jugend) relevanten Themen in die politische Diskussion.

Im Rahmen der Triopräsidentschaft im Rat der Europäischen Union wird in 18-monatigen Arbeitszyklen – durch Projekte und Konsultationen in den Mitgliedstaaten – ein gemeinsames Thema bearbeitet. Deren Ergebnisse werden im Rahmen der EU-Jugendkonferenzen zusammengeführt und an den Jugendminister*innenrat weitergeleitet. Junge Menschen aus den 28 Mitgliedstaaten der EU äußern in diesen Prozessen sehr konkrete Vorschläge. Zum Beispiel entwickelten sie in einem anderthalbjährigen Prozess zum Thema „Empowerment junger Menschen zur politischen Partizipation am demokratischen Leben in Europa“ 15 Empfehlungen und Umsetzungsvorschläge. Diese umfassen die Förderung einer besseren Partizipationskultur an Schulen und lokale Pilotprojekte, die zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre beitragen.

Andere Punkte nehmen die Entscheidungsträger*innen in den Blick, denen Werkzeuge an die Hand gegeben werden sollten, die eine gemeinsame Entscheidungsfindung mit jungen Menschen erleichtern. Auch die Einrichtung und Stärkung von lokalen und regionalen Jugendringen oder anderen gleichbedeutenden Jugendplattformen sowie die Anerkennung alternativer politischer Partizipation, die außerhalb der institutionalisierten Systeme stattfindet, werden vorgeschlagen. Wichtig war den jungen Menschen dabei, dass Jugendarbeit und deren wesentliche Rolle bei der Förderung der politischen Partizipation – basierend auf den Werten von Vielfalt, Menschenrechten, Demokratie und kritischem Denken – gestärkt werden soll.

Der Themenkomplex, mit dem sich junge Menschen innerhalb des Strukturierten Dialogs 2016/2017 auseinandersetzen, lautet: „Allen jungen Menschen ermöglichen, sich in einem vielfältigen, vernetzten und inklusiven Europa zu engagieren – bereit für's Leben, bereit für die Gesellschaft.“ In einem ersten Schritt formulierten Teilnehmer*innen eine Reihe von Herausforderungen, die junge Menschen zu bewältigen haben, um einen aktiven Platz in der Gesellschaft zu finden. Sie stellten fest, dass junge Menschen oft in negativer Weise wahrgenommen und dargestellt werden, ihre Beiträge und Ressourcen nicht ausreichend gewürdigt werden und Medien eher die negativen Seiten spiegeln als den positiven Einfluss, den sie auf die Gesellschaft haben. Junge Menschen spüren einen starken Druck, auf allen Ebenen erfolgreich sein zu müssen. Gleichzeitig vermissen sie sichere und frei gestaltbare Räume sowie positive Vorbilder.

Den Zugang zum Arbeitsmarkt bezeichnen sie als schwierig. Sie sehen, dass vielen der gleiche Zugang zu wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Möglichkeiten verwehrt bleibt. Und dass Migrationsgesellschaften Unsicherheiten und Ängste bergen, die durch Fehlinformationen und mangelndes kritisches Denken verstärkt werden können. Dies wiederum fürchten sie, könne zu einem Anstieg von Extremismus, Vorurteilen und Stigmatisierung führen. Weiter sehen sich junge Menschen angesichts des Überflusses an Informationen herausgefordert, diese effektiv zu verarbeiten, zu nutzen und kritisch zu bewerten. Abschließend halten die jungen Menschen fest, dass sie darunter leiden, wenn sie sich von anderen nicht verstanden, wertgeschätzt und respektiert fühlen. Dann fühlen sie sich nicht zugehörig zur Gesellschaft. An diesen Aussagen lässt sich unschwer erkennen: Junge Menschen sind die besten Expert*innen ihrer eigenen Lebenssituation. Und deshalb sollten die Adressat*innen der Ergebnisse nicht nur gespannt sein, welche Schlussfolgerungen und Empfehlungen die jungen Menschen im weiteren Verlauf dieses Prozesses erarbeiten, sondern diese konkret und spürbar in Politikgestaltung aufnehmen.



Impulse gegeben – Ansätze befördert

Über die Zukunft der EU-Jugendstrategie ab 2019 wird in den kommenden Monaten verhandelt. Eine erste Grundlage dafür bildet die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene externe Evaluation, deren Ergebnisse im März 2016 erschienen sind. Dort ist zu lesen: Die EU-Jugendstrategie wird von jungen Menschen und (jugend)politischen Akteuren grundsätzlich als relevant empfunden. Derzeit bietet die Strategie einen breiten und flexiblen Rahmen, in dem alle Beteiligten Themen finden, die für ihren eigenen Bedarf von Bedeutung sind. So sei es zu einer „à la carte“- Nutzung der Strategie gekommen.

Durch eine Fokussierung auf eine kleinere Anzahl klarer definierter Ziele, eine stärkere Einbeziehung lokaler und regionaler Akteure aus dem Jugendbereich und eine verbesserte jugendpolitische Koordinierung könnte die Strategie nach Ansicht der Autor*innen an Bedeutung gewinnen. Insgesamt gesehen wurden die Themen Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung sowie Partizipation in der Evaluation als Bereiche mit hoher Relevanz bewertet. Von mittlerer Bedeutung erschienen demgegenüber soziale Eingliederung, Freiwilligentätigkeit sowie Gesundheit und Wohlbefinden. Gering eingestuft wurden Kreativität und Kultur sowie Jugend in der Welt. Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen EU-Ländern sieht ein Teil der Befragten den zukünftigen Schwerpunkt der Strategie in diesem Bereich. Andere würden die Kernbereiche der Jugendarbeit wie Partizipation und Freiwilligenengagement mehr in den Mittelpunkt stellen wollen, da diese im Zuge der Krise vernachlässigt worden seien.

Die Autor*innen empfehlen, die Ziele in der ressortübergreifenden Arbeit klarer zu fassen, damit deutlicher wird, was die Strategie in den einzelnen Politikfeldern beitragen will. Ebenso sollten mehr Verbindungen zwischen den Themen und Ergebnissen des Strukturierten Dialogs und den sie betreffenden Politikfeldern gezogen werden. Unter dem Strich waren der Strukturierte Dialog und die Mobilisierung von EU-Mitteln neben dem Element des Voneinanderlernens und des Wissensaufbaus die effektivsten Instrumente der Jugendstrategie. Damit habe die Strategie Impulse auf Länder- und Organisationsebene gesetzt und die Entwicklung gemeinsamer Ansätze und Prinzipien in den Mitgliedstaaten befördert. Seit dem Start der EU-Jugendstrategie seien zudem neue Herausforderungen entstanden, die integriert werden sollten: Radikalisierung, Integration von Migrant*innen und Digitalisierung.

Gebraucht wird: Eine Strategie für Europas Jugend

Wer die derzeitige europäische Wirklichkeit wahr- und ernst nimmt, der* und die* muss zu dem Schluss kommen: Die erneuerte Zusammenarbeit im Jugendbereich bleibt wichtig und muss unbedingt fortgeführt werden. Denn eine Strategie für Europas Jugend bietet die Möglichkeit, Chancen und Risiken aller jungen Menschen in Europa mit einer gemeinschaftlichen Ausrichtung weiter zielgerichtet zu begleiten und das Politikfeld Jugend zu festigen. Das stärkt Europa und die Union. Mit entsprechenden Instrumenten wie dem Strukturierten Dialog eröffnet sie Mitspracheräume für junge Menschen. Dahinter sollte es kein Zurück geben. Europa braucht die Stimmen junger Menschen, es braucht junge Menschen mit Wertebewusstsein und Persönlichkeit, mit Engagement und Demokratiebewusstsein. Europa braucht junge Menschen, die angstfrei neue Herausforderungen angehen und Vielfalt als Chance begreifen. Dafür bietet eine Jugendstrategie den Rahmen und gibt entsprechende Impulse. Dennoch ist eine Weiterentwicklung der Strategie notwendig. Der evangelischen Jugend ist dabei anders als den Autor*innen der Evaluation wichtig, einen breiten

Zugang an Themen zu erhalten. Die jugendpolitische Zusammenarbeit, das Voneinanderlernen und das Miteinanderarbeiten müssen fortgeführt werden. Und es sollte nicht auf übergreifende Schnittmengen verzichtet werden, damit jeder einzelne Mitgliedsstaat Anknüpfungspunkte findet und ein Auseinanderdriften verhindert wird. Das Thema Mobilität bleibt z. B. weiterhin für alle bedeutsam. Auch die Ausgestaltung und Aufwertung von Jugendarbeit, in der Jugendliche mit unterschiedlichen Hintergründen in einem werbebezogenen Kontext demokratische Grunderfahrungen und Engagement lernen können, ist eine ständige Aufgabe. Dies schließt auch die Entwicklung von Konzepten und Ansätzen für die Einbeziehung von so genannten benachteiligten Jugendlichen mit ein. Neben diesem breiten Zugang sollten weitere inhaltliche Schwerpunkte mit Blick auf aktuelle Herausforderungen gesetzt werden: Integration von jungen Geflüchteten, Förderung von Demokratie und Toleranz (zur Vorbeugung von Radikalisierungstendenzen) sowie Digitalisierung und neue Medien. Bei der Jugendarbeitslosigkeit ist es zudem notwendig, die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit der Beschäftigungspolitik klar herzustellen. Das sollte hier und auch mit

anderen Ressorts zeitnah entwickelt werden. Eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie benötigt zudem eine starke finanzielle Unterfütterung. Es hat sich erwiesen, dass dort, wo tatsächliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit und finanzielle Ressourcen gegeben waren, Ziele verfolgt und erreicht wurden. Die Ausrichtung des Programms Erasmus+ in „JUGEND IN AKTION“ bietet bisher zu wenige Fördermöglichkeiten und -mittel für die konkrete Umsetzung der EU-Jugendstrategie in den Mitgliedstaaten. Dies gilt auch für das spezifische Instrument des Strukturierten Dialogs, das wegen seiner Bedeutung für die politisch Verantwortlichen ein besonderes Augenmerk erhalten und finanziell besser ausgestattet werden sollte. Die politisch Verantwortlichen in den europäischen Institutionen müssen zudem die Umsetzungen von Empfehlungen und Schlussfolgerungen für die jungen Menschen sichtbar und klarer kommunizieren. Junge Menschen in Europa brauchen eine für sie und ihre Belange erkennbare Politik. Eine deutlich sichtbare Entscheidung wäre z. B. die Rückkehr zu einem eigenständigen EU-Jugendprogramm sowie eine Initiative, jungen Menschen europaweit ab 16 Jahren eine Stimme bei zukünftigen Europawahlen zu geben.



Doris Klingenhagen ist Referentin für Europäische Jugendpolitik bei der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej).

*Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.): Generation Europa – Politische Jugendbildung für das Europa von morgen. Jahrbuch 2016. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 18-25.
www.politische-jugendbildung-et.de*

